



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln am 25.06.2019.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln  
 Beginn: 19:00 Uhr  
 Ende: 22:06 Uhr

## Anwesenheitsliste

### Vorsitzende/r

Wolf Haase SPD

### Ratsmitglieder

Hermann Büßing	CDU	
Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen	
Wolfgang Danziger	SPD	
Karl Hauk-Zumbülte	UBG	Vertretung für Herrn Van de Vyle
Stephan Hofacker	ÖLiN	
Thomas Hülsken	CDU	
Jürgen Jendroska	SPD	
Brigitte Kleinschmidt	UBG	
Volker Ludwig	SPD	
Klaus Overesch	CDU	
Roswitha Roeing-Franke	CDU	
Hartmut Rulle	CDU	
Georg Schulze Bisping	CDU	Vertretung für Herrn Uphoff
Marco Upmann	CDU	

Herbert van Stein

UBG

Helmut Walter

FDP

**Sachkundige/r Bürger/in**

Markus Böker

CDU

Andreas Kruse

UBG

**Teilhabebeauftragter**

Heinrich Rütering

Teilhabebeauftragter

**Von der Verwaltung**

Petra Bunzel

Stefan Kohaus

Daniel Krüger

Manuela Mahnke

Jonas Sonntag

**Als Gast**

Hubert Huesmann

Ludger Schulte von Lücken

**Schriftführung**

Elisa Mütherig

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

## **A. Öffentliche Sitzung**

<b>1</b>	<b>Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</b>
----------	--

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Wolf Haase, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Ausschusssitzung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

<b>2</b>	<b>Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt</b>
----------	---

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird Ratsherr Thomas Hülsken bestimmt.

<b>3</b>	<b>Mitteilungen</b>
----------	---------------------

Frau Mahnke teilt mit, dass sich die Gemeinde Nottuln gemeinsam mit der Humberg GmbH für ein Forschungsprojekt der Fachhochschule Münster beworben hat. Innerhalb des Forschungsprojekts werden Zisternen erforscht, die Wasser während Starkregenereignissen auffangen, das im Anschluss für die Bewässerung von Bäumen genutzt werden kann. Frau Mahnke wird über den weiteren Verlauf der Bewerbung berichten.

Herr Sonntag erläutert, dass den Ratsmitgliedern per Mail eine Liste mit abgeschlossenen Baugenehmigungsverfahren zugesandt wird. Zudem berichtet Herr Sonntag, dass ein Beleuchtungskonzept für den Park-and-Ride-Platz an der Appelhülsener Straße entwickelt wurde und nun zur Genehmigung bei Straßen NRW vorliegt. Im Anschluss an die Genehmigung wird ein Gestattungsvertrag vereinbart und die Beleuchtung kann installiert werden. Herr Sonntag teilt weiterhin mit, dass in Darup sowohl im Bereich der Grundschule, als auch des Kindergartens eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Autofahrer eingerichtet wurde. Außerdem ist die Lichtsignalanlage am Potthoff gemäß der Vorlage 063/2019 umprogrammiert worden.

Herr Haase lässt darüber abstimmen, die Tischvorlage 109/2019 als Tagesordnungspunkt Nr. 4.6 aufzunehmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

## **4 Planungsangelegenheiten**

### **4.1 Planungen für das Gelände des Alten Landgasthauses in Schapdetten hier: Bauvoranfrage Vorlage: 097/2019**

Vorlage 097/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Herr Huesmann und Herr Schulte von Lücken stellen gemeinsam die Planungen für das Gelände des Alten Landgasthauses in Schapdetten vor. Der Vortrag wird dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Die Fraktion ÖLIN erkundigt sich nach dem weiteren Zeitablauf. Herr Schulte von Lücken entgegnet, dass eine Abschätzung des Zeitverlaufes erst stattfinden könne, wenn eine Nutzung für das geplante Vorhaben festgelegt sei.

Der Teilhabebeauftragte Herr Rütering regt an, das Projekt „Wohnpark St. Bonifatius“ zu nennen. Zudem erkundigt er sich nach einer barrierefreien Ausgestaltung des Vorhabens. Herr Schulte von Lücken bejaht dies.

Die SPD erkundigt sich nach möglichen Nutzungsvarianten und erfragt, ob öffentlich geförderte Wohnungen bereits im Gespräch seien. Herr Huesmann betont, dass eine Senioreneinrichtung bevorzugt werde, es jedoch aufgrund der geringen Größe des Gebäudes schwierig sei, einen Betreiber zu finden. Eine Wohnnutzung sei eine Alternative für das Gebäude. Zum jetzigen Zeitpunkt habe man öffentliche Förderungen jedoch noch nicht bedacht, da man sich vorerst auf eine Senioreneinrichtung konzentrieren wolle.

Die CDU erfragt die Zahl der möglichen Wohneinheiten sowie die Nutzung regenerativer Energien. Herr Schulte von Lücken entgegnet, dass zunächst eine Senioreneinrichtung favorisiert werde. Alternativ würde auch eine Tagespflege in Frage kommen. Erst danach würde man weiter über eine Wohnnutzung nachdenken. Somit könne man zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft zu einer Zahl der Wohneinheiten geben. In Bezug auf die Nutzung regenerativer Energien erläutert Herr Schulte von Lücken, dass entweder die Nutzung von Erdwärme oder von Solarenergie in das Konzept mit aufgenommen werden solle.

Die UBG befürwortet das Vorhaben, bittet jedoch um die Einberufung des mobilen Baukulturbeirats für das Vorhaben.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen befürwortet das Vorhaben ebenfalls und kann sich eine noch größere Baumasse vorstellen. Jedoch müsse das Vorhaben deutlicher den dörflichen Gebietscharakter aufnehmen. Aufgrund dessen befürwortet auch die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Einberufung des mobilen Baukulturbeirats. Zudem müsse die Parksituation ausführlich begutachtet werden.

Die SPD und UBG wünschen, dass die Bewohner von Schapdetten in den Prozess mit einbezogen werden. Herr Huesmann betont, dass bereits Gespräche mit dem Verein „Schapdettener für Schapdetten e.V.“ stattgefunden haben.

Die Vorsitzende des Vereins „Schapdettener für Schapdetten e.V.“ betont, dass es für Schapdetten von Bedeutung sei, eine Senioreneinrichtung zu schaffen.

Eine Bürgerin erläutert, dass das Vorhaben wichtig für den Ortseingang Schapdettens sei. Zudem sollen die Eichen auf dem jetzigen Parkplatz des Pfarrheims erhalten bleiben und es solle eine Artenschutzprüfung der Stufe 1 vor dem Abriss des Landgasthauses durchgeführt werden. Außerdem sei es wichtig, keine Konkurrenz zum Dorfladen zu schaffen.

Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung inklusive des optionalen Beschlussvorschlages ein.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung begrüßt die Initiative, das Gelände des Alten Landgasthauses in Schapdetten künftig wieder einer Nutzung zuführen zu wollen und nimmt den Antrag auf Vorbescheid zur Kenntnis.

In dem Wissen um die Prominenz und städtebauliche Bedeutsamkeit des Standorts für den Ortsteil schlägt die Verwaltung vor, unter Rückgriff auf VL 126/2018 den mobilen Baukulturbeirat anzurufen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**4.2      Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2019 und Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2019  
hier: Ausrufung des Klimanotstands  
Vorlage: 108/2019**

Vorlage 108/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Die SPD und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nehmen zu ihren Anträgen Stellung. Zudem schlägt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor, die Vorschläge aus dem Positionspapier der Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Die UBG befürwortet die Anträge der SPD und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sowie die Idee, die Vorschläge der Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Jedoch wünscht sich die UBG insbesondere wegen der politischen-historischen Konnota-

tion des Notstandsbegriffs einen Alternativbegriff zum Klimanotstand.

Die Fraktion ÖLiN befürwortet die Anträge ebenfalls und schlägt vor, den Beschluss um die Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten zu ergänzen.

Die CDU befürwortet die Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten. Jedoch möchte die CDU ebenfalls einen Alternativbegriff zum Klimanotstand aufnehmen. Zudem hebt die CDU hervor, dass die Gemeinde Nottuln mit der Erarbeitung des Klimakonzeptes bereits erste wichtige Schritte getan habe. Klimaschutz sei außerdem eine Frage von Haltung und Bewusstsein jedes einzelnen Bürgers.

Die FDP bittet Frau Bunzel zu erläutern, was die Gemeinde Nottuln bereits für den Klimaschutz erreicht habe. Es sei hervorzuheben, dass die Gemeinde Nottuln mehrfach als Klimaschutzgemeinde ausgezeichnet wurde. Die Fraktion wünscht sich ebenfalls einen Alternativbegriff zum Klimanotstand.

Frau Bunzel erläutert, welche Maßnahmen und Aktionen von Seiten der Gemeinde Nottuln bereits durchgeführt wurden und welche Maßnahmen folgen. Zudem betont Frau Bunzel, dass die Gemeinde Nottuln bei der Wertung des (European Energy Award) EEA auf Platz 7 im interkommunalen Vergleich stehe.

Die SPD betont, dass man Positionspapiere, wie die der Friedensinitiative und der Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln, unterstützen müsse.

Es wird eine Sitzungspause von 20:00 bis 20:11 beschlossen.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Fraktionen, eine Beschlussformulierung vorzunehmen. Frau Mahnke regt an, folgendes in den Beschluss mitaufzunehmen: Das Positionspapier von der Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln wird mit in den Beschluss aufgenommen. Das Ausrufen des Klimanotstandes sei aufgrund der Begrifflichkeit ein Problem. Jeder Bürger müsse selbst anfangen, klimabewusst zu leben.

Die SPD betont, es gehe bei dem Begriff des Klimanotstandes nicht um den Notstand im wörtlichen Sinne, sondern um die symbolische Bedeutung. Zudem solle man dem Vorschlag der Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln folgen.

Die UBG betont, dass die Fraktion sich damals, aufgrund von negativen Auswirkungen auf das Klima gegen eine Ortsumgehung ausgesprochen habe.

Die Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln nimmt Stellung zu ihrem Positionspapier.

Frau Mahnke erläutert, dass die Gemeinde keine weiteren Fördermittel für die Umsetzung des EEA bekommen könne, sondern man andere Mittel bereitstellen müsse. Zudem bedeute eine Ausrufung des Klimanotstandes, dass der Klimaschutz bei jeder Verwaltungstätigkeit oberste Priorität bekomme. Dies sei jedoch nicht mit jeder Verwaltungstätigkeit vereinbar.

Die Fraktionen diskutieren über einen Alternativbegriff. Die UBG schlägt die Einführung eines „Klimavorbehaltes“ vor.

Herr Haase lässt die Friedensinitiative zu Wort kommen. Diese betont, der Klimanotstand trete bald ein und die Nottulner müssen mit den Folgen leben. Aufgrund dessen solle man den Klimanotstand ausrufen.

Herr Haase lässt im Folgenden über die unterschiedlichen Anträge abstimmen.

Die Abstimmung über den Bürgerantrag der Friedensinitiative Nottuln wurde in die Sitzung des Rates am 09.07.2019 verschoben.

#### Anmerkung der Schriftführung:

Wegen der Differenz zwischen dem Positionspapier der Ortsgruppe Fridays for Future und dem mehrheitlich abgelehnten Antrag zur Ausrufung des Klimanotstandes, ist davon auszugehen, dass bei dem ersten Satz des Positionspapiers nicht der Klimanotstand, sondern der vom Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen angestrebte Klimaaufbruch gemeint ist.

### **Beschluss:**

Die Abstimmung erfolgt über den ersten Satz des Antrages der SPD (33-2019), der wie folgt verändert wurde: Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen empfiehlt dem Rat der Gemeinde Nottuln festzustellen, dass der globale Klimanotstand auch die Gemeinde Nottuln erreicht hat und erklärt für unsere Gemeinde den Klimanotstand.

Ergebnis: Ja-Stimmen: 8, Enthaltungen: 0, Nein-Stimmen: 11; mehrheitlich abgelehnt

Die UBG stellt folgenden Antrag: Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen empfiehlt dem Rat der Gemeinde Nottuln zu beschließen, angesichts der Klimakrise einen gemeinsamen Klimaaufbruch zu starten. Herr Haase lässt über diesen Antrag abstimmen

Ergebnis: Ja-Stimmen: 15, Enthaltungen: 3, Nein-Stimme: 1; mehrheitlich angenommen

Die Abstimmung erfolgt über das gesamte Positionspapier der Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln, bei dem der erste Satz wie folgt geändert wurde: Die Gemeinde Nottuln verbindet die Ausrufung des Klimanotstandes (engl. „climate emergency“) mit einem Klimavorbehalt, unter den ab sofort alle klimarelevanten Beschlüsse der Nottuln Lokalpolitik und Gemeindeverwaltung gestellt werden.

Ergebnis: einstimmig angenommen.

## **Abstimmungsergebnis:**

mehrere Beschlüsse >> Niederschrift

**4.3      83. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nottuln  
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: 096/2019**

Vorlage 096/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Die UBG erkundigt sich, warum die in der Vorlage beschriebene Fläche gewählt worden sei. Frau Mahnke erläutert, dass die Verfügbarkeit im Sinne einer Verkaufsbereitschaft der Eigentümer ein zentraler Faktor sei. Herr Sonntag fügt hinzu, dass dem Träger der Kindergartengruppe die Möglichkeit gegeben werden müsse, das Konzept für eine Waldkindertagesstätte auf der jeweils eigenen umzusetzen.

Die CDU gibt weitere Standortvorschläge in die Diskussion ein.

Die Fraktion ÖLIN wirft ein, dass für Fragen zur Standortfindung ein Klimaschutzbeauftragter gewünscht werde. Zudem betont die Fraktion, dass man an jeden Einzelnen appellieren müsse, die Kinder mit dem Fahrrad zur Kindertagesstätte zu bringen und zwar unabhängig vom Standort der Kindertagesstätte.

Die Bürgermeisterin betont, dass die Gemeinde verpflichtet sei, Kindergartenplätze bereit zu stellen. Aufgrund dessen müsse nun eine Entscheidung über die Einrichtung einer weiteren Kindergartengruppe getroffen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und die CDU befürworten die Einrichtung einer Waldkindertagesstätte.

Die SPD schlägt die Möglichkeit vor, eine Zufahrt mit dem PKW durch bauliche Maßnahmen zu verhindern und so den Radverkehr zu fördern.

Herr Haase lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

## **Beschlussvorschlag:**

Das Verfahren zur 83. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Nottuln wird mit dem Ziel eingeleitet, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Betrieb einer Waldkindertagesstätte zu schaffen. Dazu ist vorgesehen, im in Anlage 1 gekennzeichneten Bereich die Darstellung „Waldfläche“ um die besondere Zweckbestimmung „Waldkindertagesstätte“ zu ergänzen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 4

einstimmig angenommen

<b>4.4</b> <b>1. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2019</b> <b>Vorlage: 098/2019</b>
---

Vorlage 098/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

Die CDU erkundigt sich, ob die Gemeinde den KAG-Betrag zugunsten der Anlieger senken könne, indem beispielsweise die Entsorgung des alten Materials von Seiten der Gemeinde getragen werde und nicht auf die KAG-Beiträge umgelegt wird. Herr Krüger erläutert, dass die Industriestraße nach dem damaligen Stand der Technik gebaut worden sei, sodass die Entsorgung des Materials kostspielig sei. Herr Kohaus ergänzt, dass es möglich sei, dass die Gemeinde freiwillig höhere die Kosten trage und diese nicht auf die KAG-Beiträge umlege. Jedoch verzichte die Gemeinde damit auf Einnahmen, was die Verwaltung gegenüber dem Rechnungsprüfungsausschuss und der Gemeindeprüfanstalt rechtfertigen muss.

Die SPD fügt hinzu, dass die Abrechnung der KAG-Beiträge derzeit im Landtag diskutiert werde. Es bestehe die Möglichkeit, dass die Kosten in Zukunft vom Land und nicht von den Anliegern getragen werden müssen.

Die FDP erkundigt sich, warum die Straßenbaumaßnahme teurer sei, als die Kanalbaumaßnahme. Herr Krüger erklärt, dass es einen Preisunterschied zwischen Kanal- und Straßenbaukosten gebe. Die Straßenbaukosten seien kostspieliger als die für die Kanalbaukosten. Zudem sei ein Puffer eingeplant worden.

Herr Haase lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

## **Beschluss:**

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen beschließt die am 28.05.2019 in den Rat eingebrachte Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit ihren Anlagen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 8

einstimmig angenommen

**4.5      Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Nachbargemeinden im Verfahren zur 71. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Dülmen  
hier: "Konzentrationszonen für die Windenergie"  
Vorlage: 099/2019**

Vorlage 099/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 6 beigelegt.

Die CDU hat eine Verständnisfrage, zu der Herr Sonntag Stellung nimmt.

Im Anschluss lässt Herr Haase ohne weitere Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Nachbargemeinden im Verfahren zur 71. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Dülmen eine Stellungnahme i.S.d. untenstehenden Bewertung abzugeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**4.6      Antrag der UBG-Fraktion und der ÖLiN-Fraktion  
hier: Verbesserung des Radverkehrs in Nottuln bis 2030  
Vorlage: 109/2019**

Vorlage 109/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 7 beigelegt.

Die Fraktion ÖLiN nimmt Stellung zu ihrem Antrag.

Die Bürgermeisterin entgegnet, dass die Politik einen solchen Radkonvent auch ohne die Verwaltung organisieren könne. Daraufhin entgegnet die Fraktion ÖLiN, dass für eine Umsetzung eine finanzielle und personelle Unterstützung von der Gemeinde notwendig sei.

Die FDP betont, dass ein Radkonvent sinnvoll sei, jedoch die Organisation bei der Verwaltung falsch angesiedelt sei. Die Politik solle versuchen die Organisation in Eigenregie zu übernehmen.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sehen die Organisation als Aufgabe der Verwaltung, jedoch könne der Termin im August aufgrund des engen Zeitfensters von Seiten der Verwaltung nicht eingehalten werden. Die Verwaltung solle beauftragt werden, Angebote für eine externe Durchführung einzuholen.

Die Bürgermeisterin betont, dass es der richtige Weg sei, eine solche Veranstaltung über die Politik zu organisieren, da in der Verwaltung nicht das nötige Personal dafür vorhanden sei.

Die SPD betont ebenfalls, dass ein Radkonvent aus der Politik heraus zu organisieren sei.

Die CDU wünscht, dass sich die Fraktionen zusammensetzen und den Radkonvent gemeinsam organisieren. Dennoch brauche man eine professionelle Unterstützung, die von Seiten der Verwaltung, eventuell auch durch eine externe Person, bereitgestellt werde.

Die UBG weist darauf hin, dass im Klimaschutzkonzept das Handlungsfeld „2.9 Mängelkarte Radverkehr“ vorgesehen sei und man dies miteinander verknüpfen solle.

Herr Haase bittet um neue Beschlussformulierung.

## **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für die Durchführung eines Radkonvents einzuholen und einen Umsetzungszeitraum zu erarbeiten.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja 18 Nein 1 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

<b>5</b> <b>Verschiedenes</b>
-------------------------------

Die CDU erkundigt sich nach der Schaltung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung L 844 und L 551 in Appelhülsen. Herr Krüger erläutert, dass ein Vor-Ort Termin stattgefunden hat und die Grünphase für eine Querung von Radfahrern und Fußgängern problemlos möglich sei. Zudem erkundigt sich die CDU, ob bereits eine Zeitschiene für die Entfernung der Wasserpfütze am Kücklingswegs in Appelhülsen feststehe. Herr Krüger antwortet, dass die Verwaltung derzeit die Finanzierung der Baumaßnahme kläre. Da die Maßnahme innerhalb eines Rahmenvertrages ausgeführt werden solle, sei eine kurzfristige Umsetzung möglich.

---

Wolf Haase  
Vorsitzender

---

Thomas Hülsken  
Ausschussmitglied

---

Elisa Mütherig  
Schriftführerin